Zeitschrift: Bauen + Wohnen = Construction + habitation = Building + home : internationale Zeitschrift

Herausgeber: Bauen + Wohnen

Band: 25 (1971)

Heft: 10: Sport- und Mehrzweckbauten = Ensembles sportifs et polyvalents = Sports- and multipurpose constructions

Artikel: Maud-Report, Versuch eines technokratischen Umsturzes

Autor: Luithlen, Lutz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334108

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

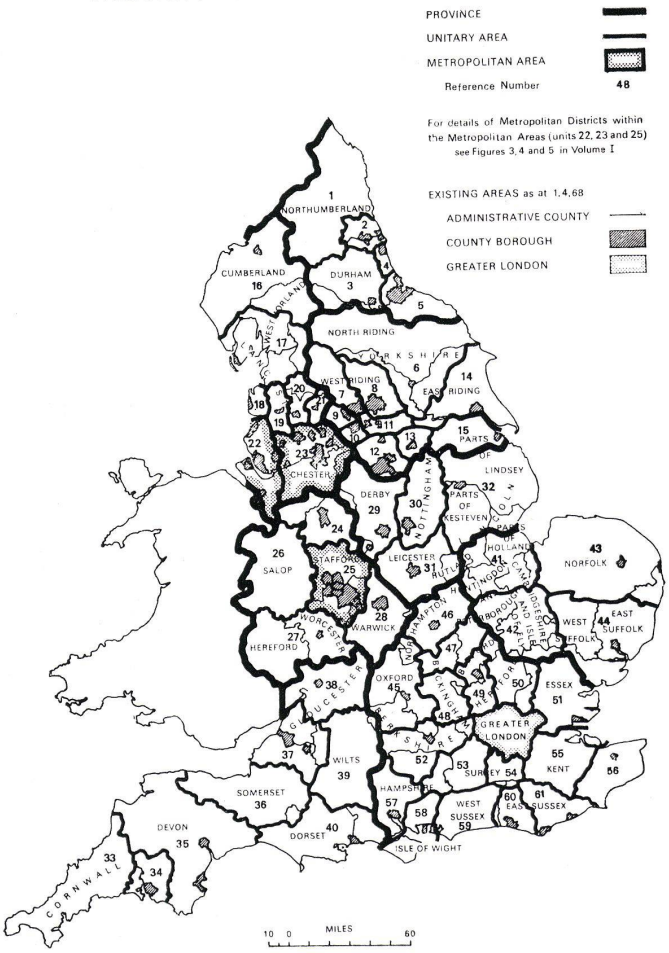
ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Lutz Luithlen, London

Maud-Report, Versuch eines technokratischen Umsturzes

England als das klassische Land der Demokratie hat eine besondere Vorliebe für Reports entwickelt.
Meistens wird eine ad hoc zusammengesetzte Kommission von der Regierung beauftragt, einen Problemkreis zu untersuchen und ihre Vorschläge in Form eines Reports darzulegen. Eine solche Gruppe setzt sich aus Mitgliedern der verschiedensten Berufe, Vertretern des öffentlichen Lebens und des privaten Bereiches zusammen. Stilistisch zeichnen sich diese Schriftstücke meist durch Klarheit und Allgemeinverständlichkeit aus, getreu ihrer Aufgabe, den Weg parlamentarischer «decision making» vorzubereiten. Das Copyright besitzt «Her Majesty's Stationary Office», und Exemplare können käuflich erworben werden.
Allein auf dem Gebiet der Planung ist eine Reihe von wichtigen Dokumenten anzuführen; um nur einige der letzteren zu nennen: der Hunt-Report über industrielle Entwicklungsgebiete («Grey Areas»), der Buchanan-Report über Verkehr in Städten, der Skeffington-Report über allgemeine Mitbestimmung in der Planung, der PAG-Report mit der Empfehlung neuer «Development Plans» (siehe B+W, Dezember 1969) usw. Keiner dieser Berichte hätte jedoch so tiefgreifende Folgen für ein so weites Feld verschiedenster Berufe und Institutionen wie der sogenannte «Maud-Report»; und kaum ein anderes «nationales Rezept» hat so viele kritische und ablehnende Stimmen auf den Plan gerufen und damit so geringe Chancen, ohne Abstriche oder überhaupt in Kraft gesetzt zu werden. Der Vorschlag, in einem demokratischen Gebilde in Tradition tief verankerte Prozeduren und Einrichtungen durch neue zu ersetzen, erscheint wie der Versuch eines Umsturzes. Jedoch nur wenige Repräsentanten des Berufsstandes Planung bestreiten, daß Form und Struktur in «Local Government» - «the crazy structure», wie Lord Redcliffe-Maud sich einmal ausdrückte – dringend der Reform bedürfen. Die bestehende Ordnung geht auf das Jahr 1888 zurück, als die «Local Government Act» die Wahl von Stadt- und Gemeinderäten einführte. Letzte Planungsinstanz sind heutzutage immer noch die «County Councils» mit Hoheitsgrenzen, die ebenfalls auf das 19. Jahrhundert zurückgehen. Verhältnismäßig geringfügige Änderungen, einige neue Grafschaften und Grenzumlegungen wurden durch Gesetze von 1926 und 1958 ermöglicht. In der Zwischenzeit wuchs die Bevölkerung um 19 Millionen, die Zahl der «Councillors» stieg auf 43000, und diejenige bezahlter Beamten auf 2 Millionen; die Ausgaben der öffentlichen Hand («local authorities») stieg von 5% des Bruttosozialproduktes auf mehr als 15%. Bei weitem die tiefgreifendste Umstrukturierung im «Local Government» fand 1963 in London statt; unter der «London Government Act» wurde der «London County Council» zugunsten einer übergeordneten Planungsbehörde für Groß-London, dem «Greater London Council», aufgelöst.

THE NEW LOCAL GOVERNMENT MAP



Diagnose

Die königliche Kommission «on Local Government» wurde im Mai 1966 einberufen und legte ihren Bericht im Juni 1969 vor. Wie ein kurzer Blick auf den dritten Band des Reports hinlänglich beweist, hat man umfangreiche und teilweise kostspielige Studien unternommen, um die wichtigsten Themenkreise zu beleuchten, mit denen die Verwaltung heutzutage konfrontiert wird; die Spanne reicht von der allgemeinen Betrachtung des Verhältnisses zwischen Stadt und Land über das Problem der Großstädte, demographische Trends und Ausgaben der Behörden bis zur Personalbesetzung in der Verwaltung. Außerdem wurde eine beachtliche Anzahl von Zeugen aus den verschiedensten Berufskreisen vernommen. Die Diagnose des bestehenden Systems förderte – mit einem prüfenden Auge in die Zukunft – vier grundlegende Mängel zutage:
1. Ortsverwaltungsbezirke stimmen nicht mit den Gegebenheiten von Leben und Arbeit im modernen England überein.
2. Die Aufteilung des Landes in 79 «County Boroughs» und 45 «Counties» mit eigener Gerichtsbarkeit und der administrativen Trennung von Stadt und Land machen sachgerechte Entwicklungs- und Verkehrsplanung unmöglich.
3. Die Aufsplitterung der Kompetenzen zwischen «County Councils» und einer großen Anzahl von «District Councils» (1086) stehen einer übergeordneten Handhabung der Dienstleistungen im Wege.
4. Viele Ortsbehörden sind zu klein und entbehren der Mittel, sich hochqualifizierter Arbeitskräfte zu bedienen.

Problematik

Das überkommene System wird als Zwangsjacke für die Bewältigung umfassender Planungsaufgaben empfunden. Dennoch empfiehlt der Report, die neue Ordnung auf der Basis der vorhandenen Verwaltungsstruktur aufzubauen. Als Ausgangspunkt wird der Begriff der Stadtregion eingeführt («City Region»), mit folgender Definition: «Eine großstädtische Agglomeration, umgeben von einer Anzahl kleinerer Städte und Dörfer im ländlichen Hinterland; das Ganze eng verknüpft durch ein dichtes Gewebe von Beziehungen und Kommunikationen und durch ein weites Feld von Arbeitsplätzen und Dienstleistungen gekennzeichnet.» Im Falle von Birmingham, Liverpool und Manchester, Städten mit einem großen Einzugs- und Einflußbereich, führt diese Methode zu relativ unzweideutigen Lösungen; jedoch in anderen Regionen mit mehreren Städten mittlerer Größe ohne das magnetische Zentrum einer City läßt sich Eindeutigkeit nicht so ohne weiteres erzielen. Ebenfalls großes Kopfzerbrechen bereitet der Südosten, wo der Einfluß Londons den anderer regionaler Zentren überschattet.

Zweistufensystem

Die vorgeschlagenen Cityregionen bereiten verwaltungstechnische Schwierigkeiten schon durch ihre Größe; um den Kontakt zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern zu gewährleisten, schlägt man eine zweite, niedere administrative Stufe («second tier») vor. Für den Rest des Landes soll ein einstufiges System genügen; eine Lösung, die unter Planern, bei der Definition stets auf eine allumfassende Planungsinstanz bedacht, besondere Vorliebe findet.

Einstufiges System

Um einerseits umfassende Planung von Entwicklung und Verkehr zu gewährleisten und andererseits persönliche Dienstleistungen und demokratische Kontrolle zu ermöglichen, empfiehlt die Kommission für «unitarische» Einheiten Größenordnungen von 250000 bis zu 1 Million Einwohner. Diesen Einheiten als den Eckpfeilern der Verwaltung obliegen die gesamte Planung und die Organisation aller Dienstleistungen von Wohnungsbau über Erziehung, Wasserversorgung und Verkehr bis zur Alkohollizenz an Wirtshäuser.

«Local Councils»

Die Stellung dieser Körperschaften bedeutet zweifelsohne einen entscheidenden Schritt zur Dezentralisierung der Machtbefugnisse von Whitehall zugunsten lokaler Eigenständigkeit, jedoch soll der Kontakt mit dem Stimmbürger und dem Steuerzahler nicht verlorengehen. Es wurden daher als Organe auf unterster Stufe die «Local Councils» vorgeschlagen, welche einerseits als demokratische Kontrollorgane fungieren und andererseits die öffentliche Meinung zu Gehör bringen sollen.

«Regional Councils»

Auf regionaler Ebene waren alle Planungs- und Verwaltungseinheiten in acht «Provincial Councils» zusammengefaßt. Deren Aufgabe besteht in der Vermittlung zwischen Whitehall und den einzelnen Verwaltungsbehörden, und sie sollen vor allem auf dem Gebiet der Planung eine «Strategie der Entwicklung» garantieren. Regionalplanung ist zur Zeit den «Regional Economic Planning Councils» («Board of Trade») unterstellt und befaßt sich hauptsächlich mit Fragen der Wirtschaft. In weit umfassenderem Sinne setzen die neuen «Councils» den Rahmen einer generellen Politik für Bevölkerungsverteilung, wirtschaftliche Entwicklung und Flächennutzung; Fragen des Fremdenverkehrs, der Erholung und Kultur gehören ebenfalls zum selben Kompetenzbereich.

Zielvorstellungen

Die Kommission war nach 3 Jahren intensiven Studiums übereinstimmend der Ansicht, daß das «Local Government» in England einer neuen Struktur und einer neuen Landkarte bedürfe. Mit Ausnahme von Derek Senior, dessen «Memorandum of Dissent» ein ganzer Band gewidmet ist, stimmten die Mitglieder der Kommission in der

Vorstellung überein, welche Form und Organisation das neue System anzunehmen habe: «Struktur und Charakter der 'Local Governments' muß so beschaffen sein, daß vier grundlegende Leistungen erbracht werden:
1. in wirkungsvoller Weise einen breiten Fächer von eminent wichtigen Aufgaben zu erfüllen, welche die Sicherheit, Gesundheit und den Wohlstand sowohl materiell als auch kulturell ... betreffen;
2. die Interessen der Bürger zu vertreten;
3. genügend eigene Stärke zu entwickeln, daß sie als echte Partner mit der Regierung verhandeln können;
4. sich kontinuierlich dem vorherrschenden Prozeß des Wandels anzupassen, dem die Art und Weise, zu leben, zu arbeiten, sich fortzubewegen, einzukaufen und sich zu amüsieren, unterliegt.
Diese Vorstellungen waren uns Leitbild für die Beurteilung der gegenwärtigen Zustände und unsere Vorschläge für die Zukunft.»

Folgerungen

Nach dieser kurzen Beschreibung der grundlegenden Ideen und ihrer Problematik seien die Folgerungen der Kommission und ihre Anwendung mit den wichtigsten numerischen Angaben hier angeführt.
England (außerhalb Londons, in diesem Report nicht berücksichtigt) soll in 61 neue Verwaltungseinheiten («Local Government Areas») aufgeteilt werden; Stadt und zugehöriges Hinterland werden jeweils als Einheit aufgefaßt. In 48 dieser Einheiten soll eine einzige Behörde für Planung und alle Dienstleistungen verantwortlich sein («single tier»). In den Sonderfällen von drei Großstadtregionen um Birmingham, Liverpool und Manchester soll die Verantwortlichkeit zwischen einer großstädtischen Behörde («metropolitan authority») und einer Anzahl städtischer Distriktbehörden («metropolitan district authorities») verteilt werden; ersteren oblägen die Schlüsselfunktionen in Planung, Verkehr und Großraumentwicklung, während den Distrikten die Aufgaben der Erziehung, Sozialfürsorge und Wohnungsbau zukämen («two tiers»). Diese 61 Verwaltungsbezirke sollen zusammen mit Greater London zu acht Provinzen gruppiert werden, mit je einem «Provincial Council»; wie erwähnt, bestünde ihre Aufgabe darin, eine Planungsstrategie auf regionaler Ebene festzulegen und damit den Rahmen abzustecken, innerhalb dessen die lokalen Verwaltungen operieren können.
In jedem dieser 58 Bezirke, und wenn immer in den großstädtischen Bezirken bevorzugt, sollen «Local Councils» gewählt werden. Ihre Aufgabe wird darin gesehen, dem einzelnen Bürger oder Gruppen als Sprachrohr zu dienen; außerdem sollen sie das Forum planerischer Mitbestimmung bilden, wenn Fragen von speziell lokalem Interesse zur Debatte stehen.

Stimmen der Kritik

Derek Senior. Die Kontroverse um den Maud-Report, die mit aller Vehemenz nach Veröffentlichung der Ergebnisse in der nationalen und professionellen Presse ausgetragen wurde, begann jedoch schon im Status nascendi in den eigenen Reihen der Kommission. Grundlegend verschiedene Ansichten über die Frage, auf welchen Prämissen das umfangreiche Reformwerk aufzubauen sei, brachten Derek Senior in einen geradezu lutherischen Gewissenskonflikt, trieben ihn in die Rolle des Reformers der Reform und veranlaßten ihn, ein separates «Memorandum of Dissent» aufzusetzen. Die grundlegende Frage, welche Größe den neuen Verwaltungseinheiten angemessen sei, kann nach Senior nicht ausschließlich auf der Basis der Bevölkerung ermittelt werden. Um die beiden Ziele im Widerstreit, nämlich administrative Leistungsfähigkeit («efficiency») und demokratische Kontrolle, zu verwirklichen, müssen weitere Kriterien eingeführt werden; die Analyse der geographischen und soziologischen Bedingungen im Zusammenhang mit den Anforderungen wirksamen demokratischen Regierens muß erst die angemessenen Größen für kohärente Einheiten öffentlicher Verwaltung erbringen; für diese ist dann im Anschluß ein Organisationsprinzip zu entwickeln, das sich für solche Größen am besten eignet und einen möglichst fließenden Übergang vom alten zum neuen System erlaubt. Von solchen Voraussetzungen ausgehend, gelangt Senior zum Resultat, daß ein zweistufiges System für den Großteil der Behörden das angemessenere ist (von Maud nur für drei Großstadtregionen vorgeschlagen). 61 Verwaltungseinheiten werden auf 35 «Regional Authorities» reduziert, verantwortlich für Planung, Transport und technische Dienste, und 148 «District Authorities», zuständig für Gesundheits- und Sozialfürsorge, Wohnungsbau und andere öffentliche Dienstleistungen lokalen Charakters. In nur vier Fällen, wo Bevölkerung, soziale Gruppierung und Geographie ein kohärentes Bild vermitteln (siehe Leicester und Leicestershire), wird das unitarische Prinzip beibehalten, alle Kompetenzen in einer Hand zu vereinigen. Ein Blick auf Seniors Landkarte mit nur fünf Provinzen scheint zum Beispiel im Falle vom Südosten (London) und den West Midlands (Birmingham) als eine überzeugendere Lösung als die von Maud vorgeschlagene. Dem intuitiven Betrachter scheint sich die Bemühung sowohl um den geographischen Zusammenhang als auch um den Ausdruck einer mobilen Pendlergesellschaft nicht zu verbergen.

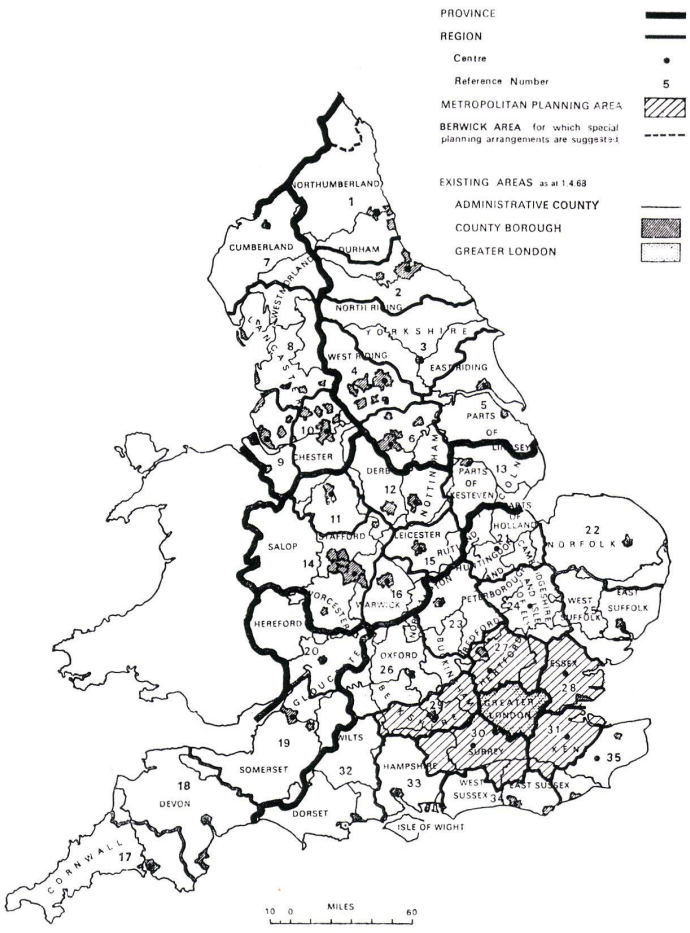
«County Councils Association»

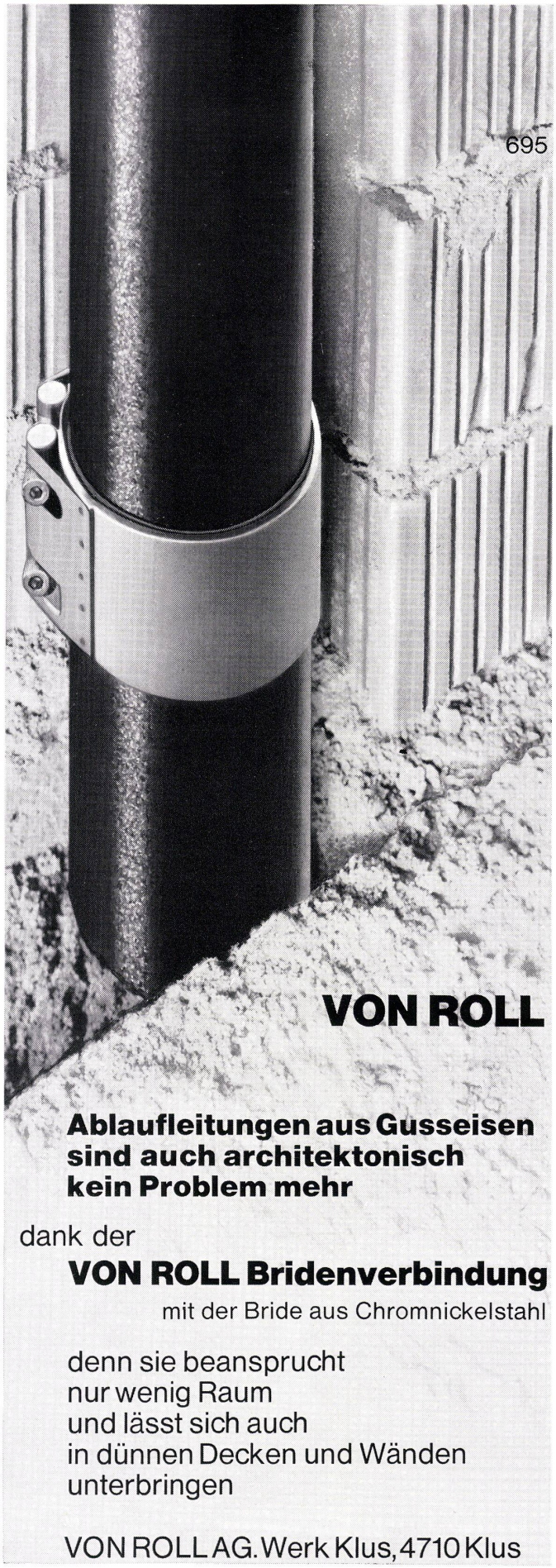
Nach Veröffentlichung des Reports im Juni 1969 setzte ein heftiges Feuerwerk der Kritik ein, das sich vor allem immer wieder an zwei Punkten entzündete: der Frage der adäquaten Größe und der Alternative ein- oder zweistufiges System. Die «County Councils Association», deren Existenz durch die Maud-Vorschläge in Frage gestellt wird, reagierte verständlicherweise sehr empfindlich. Zu den «fundamentalen Mängeln» wird hauptsächlich die unangemessene Größe einiger der unitarischen Verwaltungen gezählt; es wird daher vorgeschlagen, die untere Grenze von 250000 (Maud) auf 500000 zu erhöhen. Das zweistufige System würde man gerne in allen gemischten Gebieten von Stadt und Land mit größerer Bevölkerung und hoher Dichte sehen (neben Manchester, Liverpool und Birmingham). Als Streitpunkte von geringerem Gewicht hatten sich einige Fragen der Zuständigkeit erwiesen; zum Beispiel ist Wohnungsbau an Bevölkerungsplanung auf regionaler Ebene zu binden und somit der Zuständigkeit der «metropolitan authority» («first tier») unterstellt, oder man sollte diese Angelegenheit primär vom lokalen Standpunkt aus sehen und somit städtischen «District Councils» unterordnen? Hier wie im Falle des Schulwesens wird wohl die Lösung irgendwo in der Mitte liegen, mit verteilten Kompetenzen auf beiden Stufen. Viele Stimmen, hauptsächlich aus konservativen Kreisen, betrachten die Mehrzahl der unitarischen Einheiten als bei weitem zu groß, als daß sie demokratische Entscheidungen zu gewährleisten vermöchten.
Hier liegt das eigentliche Dilemma von Maud, nämlich die sich widersprechenden Forderungen nach größeren Einheiten, welche einerseits die komplexen Probleme einer sich stets wandelnden Gesellschaft in rationeller Weise bewältigen und andererseits das Gefühl örtlicher Zugehörigkeit und die Transparenz des bürokratischen Vorganges wahren könnten. Das zweistufige System, ähnlich dem bestehenden, wird als die einzige Form betrachtet, die eine weitere Spaltung zwischen Regierenden und Regierten verhindern kann.

«White Paper»

Im Februar 1970 wurde das «White Paper on Local Government Reform» als offizielle Stellungnahme und Programm der Regierung veröffentlicht. Unter der Voraussetzung, daß die Labourregierung im Amte bliebe, wären die neuen Räte im Jahre 1973 gewählt worden. Die Grundlagen des Maud-Reports, nämlich die Schaffung von unitarischen Behörden und großstädtischen Bezirken in Verbindung mit städtischen Distrikten, werden beibehalten. Der Untreue gegenüber Maud kann die Regierung nur darin bezichtigt werden, daß sie die «Regional Councils» aufgibt und somit auf ein wichtiges Bindeglied zwischen zentraler und lokaler Verwaltung verzichtet. Die Abweichungen sind vor allem numerischer Art, die man durchaus als einen Niederschlag vorausgegangener Diskussionen in der Öffentlichkeit und in professionellen Kreisen betrachten kann. Die Anzahl von Verwaltungseinheiten bleibt die gleiche, jedoch werden diejenigen um Southampton, Portsmouth und Leeds zu großstädtischen Bezirken zusammengelegt, so daß sich die Zahl der unitarischen Behörden von 58 auf 51 reduziert und zu Manchester, Liverpool und Birmingham zwei weitere Verwaltungen großstädtischen Charakters hinzukommen. «Local Councils» ist größere Entscheidungsfreiheit zugesichert.
In konservativen Kreisen wurde die Labourregierung häufig einer starken dirigistischen Tendenz bezichtigt – Harold Wilson, karikiert als «Big Brother». Die Maud-Empfehlungen zielen zwar auf eine Entflechtung der Entscheidungsbefugnisse auf nationaler Ebene, können

MR SENIOR'S ALTERNATIVE NEW AREAS:
THE REGIONAL UNITS
(FOR DISTRICT UNITS SEE VOLUME II, MAP 7)





aber die Befürchtung, die demokratische Kontrolle auf Gemeindeebene sei gefährdet, nicht zerstreuen. Die Organisation wurde vereinfacht, doch die Einflußnahme des Bürgers schien erschwert.

Nach der Wahl

Nach dem Wahlsieg der Konservativen im Juni sah es erst einmal so aus, als sei der Maud-Report in die staubigen Sphären der Utopie verbannt; der dringende Ruf nach administrativer Reform war jedoch in offiziellen Kreisen ehemaliger Opposition niemals bestritten worden.
Herr Walker (Ministry of Housing and Local Government) jedenfalls ist überzeugt, daß dem Lande mit einem zweistufigen System weit besser gedient sei als mit unitarischen Einheiten; diese Lösung wird im übrigen von unabhängigen Kommissionen für Schottland und Wales vorgeschlagen. Eine weitere Konzession an die bestehende Ordnung besteht darin, daß man die administrative Verschmelzung von städtischen und ländlichen Gebieten als Doktrin brandmarkt und aufgibt. Man will jedoch Hauptbehörden im Sinne von Maud, wenn auch größer, anstreben, die sich dann in Sekundärverwaltungen aufgliedern, mit wesentlichen «lokalen» Machtbefugnissen und entsprechenden finanziellen Mitteln versehen.

Mutmaßungen über den Mißerfolg

Welchen Weg auch immer man bei der Reform des «Local Government» einschlagen wird, es bedarf jedenfalls nicht eines neuen Reports. Nur in wenigen Fällen wurde ein Problemkreis so umfangreich dokumentiert; außerdem sind die Untersuchungen für Schottland und Wales und jederzeit das vorzügliche Dokument von Derek Senior da.
Dennoch ist die Frage, warum die Maud-Vorschläge wahrscheinlich nicht zum Tragen kommen werden, durchaus berechtigt. Mit einiger Kenntnis angelsächsischer Mentalität mußte die Prognose wohl negativ ausfallen, Maud war zum Scheitern verurteilt! Englische Institutionen (wie auch englische Geisteshaltung) zeichnen sich durch große Flexibilität aus und haben sich in unzähligen Fällen neuen Situationen und stetem Wandel anpassen können; das Vertrauen in das Evolutive ist ebenso ausgeprägt wie tiefverwurzelte Skepsis dem Revolutionären gegenüber. Fast ein Jahrhundert lang gehegte demokratische Ordnung sollte zugunsten einer Reform auf nationaler Ebene aufgehoben werden, deren Drastik man nur als revolutionär bezeichnen kann. Revolution in einem Status quo, dessen Erträglichkeit man nicht bestreiten kann, ist ohnehin ein schwieriges Unterfangen. Das neue System bedürfte einer langen und mühseligen Inkubationszeit, bevor es so leistungsfähig wäre wie das alte, einer Zeit zahlreicher Frustrationen, von der Unsicherheit eines gewaltigen Experiments überschattet. Die Lösung kann nur in der Form eines typisch angelsächsischen Kompromisses gefunden werden.

Literaturnachweis

«Local Government Reform», Report of the Royal Commission on Local Government in England, London, Her Majesty's Stationary Office.
«The Architectural Review», Manplan 7, July 1970.
Artikel aus «The Guardian», «The Times» und «The Observer» von Februar 1969 bis August 1970.
«Journal of the Town Planning Institute», July/August 1969, September/Oktober 1969, Dezember 1969.

Produktinformationen

Tag der offenen Tür der Verzinkerei Zug AG

Um «die Verbundenheit zwischen unserem Unternehmen und einer breiten Öffentlichkeit zu bekunden», hat die Verzinkerei Zug AG am 8. September in Zug einen Tag der offenen Tür abgehalten. In seinem Einführungsreferat, das der Öffentlichkeit und besonders der «sogenannten öffentlichen Meinung» nicht gerade schmeichelte, legte Direktionspräsident Dr. H. Letsch bezeichnenderweise Gewicht auf seine folgende Feststellung:
«Tage der offenen Türe liegen 'im Zug der neuen Zeit'. Dieser allgemeine Trend gab indessen nicht den Ausschlag, daß sich die Geschäftsleitung der Verzinkerei Zug entschlossen hat, ihre Tore zu öffnen. Der entscheidende Grund liegt tiefer: Die sogenannte öffentliche Meinung neigt offensichtlich je länger, je mehr dazu, die Industrie zum Prügelknaben verschiedener Übel zu stempeln: Sie, die Industrie, habe – offenbar aus bloßem Eigennutz der Aktionäre – in der Nachkriegszeit die Produktion Jahr für Jahr erhöht, ausländische Arbeitskräfte angezogen, Betriebsstätten erweitert und die Umwelt verschmutzt. Sie, die Industrie, schaffe mit ihrem Trend zu kapital- und betriebsmäßigen Zusammenschlüssen den Nährboden für ein neues Feudalsystem, in welchem meist anonyme Herren ein an Rechten und Einflußmöglichkeiten armes Proletariat ausnützen und in erniedrigender Abhängigkeit halten. Sie, die Industrie, verschaffe sich mit Hilfe wiederum anonymer Dunkelmänner Zutritt in die Amtsstuben unserer Behörden, um dort industriehörige Beamte oder gar Magistraten zu erpressen und so Entscheide zu provozieren, die das allgemeine Wohl untergraben.»

Bauen in der Landwirtschaft

Die Firma Durisol Villmergen AG in Dietikon hatte 1967 einen Wettbewerb mit diesem Zwecke ausgeschrieben. Eine große Zahl namhafter landwirtschaftlicher Baufachbüros und Architekten haben sich mit der Anwendung von Durisol bei landwirtschaftlichen Bauten intensiv und mit Erfolg auseinandergesetzt. Auf das Frühjahr 1971 wurden von zwölf Firmen im gesamten eine Auswahl von zwanzig ausgeführten, teils noch im Bau befindlichen Projekten mit den erforderlichen Unterlagen zur Beurteilung eingereicht.